

Zeitschrift: Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art
Band: 56 (1969)
Heft: 12: Einfamilienhäuser

Artikel: Der ideologische Fluchtpunkt oder Das Eigenheim im Grünen
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-87427>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Der ideologische Fluchtpunkt oder Das Eigenheim im Grünen

Ein Beitrag der «Studiengruppe – Bauen für Zeitgenossen» (siehe werk 10/1969, S. 660)

Photocollage: Vera Fünfschilling, Zürich

Großstädte werden sich zunehmend ähnlicher; nicht in ihren positiven Aspekten – was denkbar wäre –, sondern in ihrem Unvermögen, den heutigen Lebens- und Wirtschaftsformen den ihnen gemäßen Rahmen zu schaffen, ohne gleichzeitig das spezifisch Städtische der Stadt und speziell der Großstadt zu zerstören.

Wenn ein Schwamendinger Zürcher sagt, er gehe heute in die «Stadt», und damit die City meint, so zeigt dies deutlich, daß er sein Wohnquartier nicht eigentlich als Stadt erlebt, obwohl es doch längst dazu gehört, ja die einzige Form darstellt, in der sich Städte heute vergrößern. Häuschen an Häuschen, Block an Block, mehr oder weniger gefällig arrangiert, mit Grün durchsetzt und, wenn's gut geht, mit dem Notwendigsten für eine «funktionelle Lebensführung» ihrer Bewohner versorgt, fressen sich diese seltsamen – halb ländlichen, halb städtischen Gebilde – in die Landschaften rings um die alten Städte. Die kilometerlangen Autoschlängen, die die Bewohner der städtischen Agglomeration während der «rush-hours» unter wachsendem Zeitaufwand in die City-Regionen zu ihren Arbeitsplätzen und zurück befördern, gehören längst zum erschreckend vertrauten Bild der sogenannten modernen «städtischen» Lebensweise.

Veränderungsprozeß in den Städten

Bekanntlich dehnen sich aber nicht nur die Städte aus. Auch im Stadtgebiet selber ist ein starker Veränderungsprozeß die Regel. Was gemeinhin als City bezeichnet wird, wächst in konzentrischen Ringen in die alten städtischen Wohnquartiere hinein und trägt so zur Zerstörung meist noch funktionierender Formen städtischer Wohn- und Lebensweise bei. Wo früher gewohnt wurde, sind jetzt Geschäfte – eine Entwicklung, die ihre Analyse wohl am eindrücklichsten in Jane Jacobs Untersuchung über «Tod und Leben großer amerikanischer Städte» gefunden hat.

Obwohl also das Wissen über die objektiven Bedingtheiten moderner städtischer Entwicklung sich häuft, obwohl die Kritik an diesen Bedingungen sich mehrt und unüberhörbar wird – die Städte wachsen weiter, und es ist nicht abzusehen, von welcher Seite und auf welche Art das städtische Wachstum in andere Bahnen geleitet werden könnte.

Grenzen der Planung

Stadtplaner versichern immer wieder, daß unter den gegebenen Bedingungen von qualitativ neu-



artigen Lösungen städtebaulicher Probleme keine Rede sein könne; es sei schon schwer genug, mit den vorhandenen planerischen Möglichkeiten die Stadt im Zeichen der Bevölkerungsexplosion überhaupt funktionsfähig zu erhalten. Als Beispiel zieht man dann Verkehrsprobleme ...

Alles, was sich tut, findet schließlich sein Alibi im Rahmen der «gegebenen Bedingungen», die im wesentlichen durch die private Verfügung über den städtischen Boden, durch föderalistische Entscheidungsstrukturen innerhalb der funktional zusammenhängenden städtischen Region (Strukturen, die komplexe politische Probleme nicht bewältigen können) und durch ideologisch motivierte Siedlungsformen gekennzeichnet sind.

Interessengegensätze

Es sind also – neben Ideologien – vor allem politische Gegebenheiten (Gegensätze von Allgemein- und Partialinteressen), die der städtischen Entwicklung ihr heutiges Gesicht verleihen. Will man sie verändern, muß das städtebauliche Geschehen in einem viel stärkeren Maße politisch aktiviert werden. Denn jene Kreise, die heute die Möglichkeit hätten, Veränderungen zu bewirken, sind gleichzeitig auch die Nutznießer des Bestehenden, an Veränderungen somit objektiv gar nicht interessiert. Es müssen deshalb neue Machtkonstellationen geschaffen werden, die auf das städtebauliche Geschehen einen verändernden Druck auszuüben vermögen. Dies ist nur möglich, wenn eine breitere Öffentlichkeit dafür interessiert werden kann. Einer der vielen Wege, dies zu erreichen, ist die sukzessive Bildung des allgemeinen Bewußtseins für die potentiellen Interessen der städtischen Gesellschaft. Durch systematische Konfrontation dieser Interessen mit den herrschenden städtebaulichen Trends und Ideen beziehungsweise den dahinterstehenden Gruppeninteressen und Ideologien wird sich ein Bewußtsein für die notwendigen politischen und administrativen Veränderungen ergeben. Es wird sich dabei zeigen, daß viele der sich durchsetzenden Interessen und der ihnen djenenden Ideologien den Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten nicht entsprechen, weil sie eine zeitgemäße Bewältigung der städtebaulichen Probleme verhindern und eine Entwicklung begünstigen, die zur völligen Zerstörung des spezifisch Städtischen führt.

Einfamilienhaus-Ideologie und Ersatzprojektionen

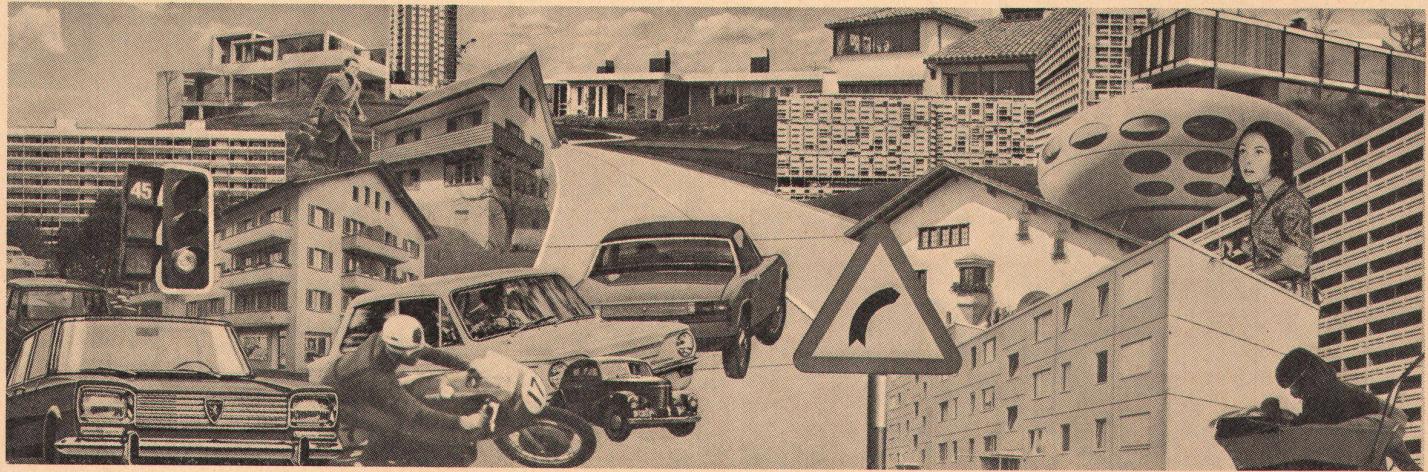
Anhand einer Analyse der herrschenden Einfamilienhaus-Ideologie und ihren Ersatzprojektionen, der Eigentums- und Mietwohnung im Grünen, läßt sich zumindest ein Aspekt der unheilvollen Ehe ideologischen Denkens mit handfesten wirtschaftlichen und politischen Interessen verdeutlichen. Ideologien mit Breitenwirkung lassen sich allerdings nie nur aus gegenwärtigen Bedingungen erklären, ist doch ihr Inhalt stark von historischen – und deshalb in der Regel überlebten – Erfahrungen mitgeprägt.

Historischer Rückblick

Blicken wir in die Vergangenheit, so stellen wir fest, daß das Wohnen im «Grünen», außerhalb der Stadt, seit den Anfängen moderner Stadtplanung zu den Wunschvorstellungen des Städters gehört. Diese Vorstellungen müssen deshalb zunächst einmal aus den Voraussetzungen der beginnenden Stadtplanung begriffen werden. Nach Leonardo Benevolo entstand sie im Zeichen einer unvermeidlich werdenden Korrektur gesellschaftlicher und städtebaulicher Konflikte. Auslösendes und bis heute unmittelbar wirksames Moment dieser Konfliktsituation waren die Konsequenzen der industriellen Revolution. «Davor veränderte sich das Gesicht einer Stadt so langsam, daß es zu jeder beliebigen Zeit als statisch für eine unbestimmte Zeitperiode betrachtet werden konnte»; «... man konkretisierte eine mögliche Annäherung an ein absolut unveränderliches Image in einer sich sehr langsam wandelnden Wirklichkeit». «Aber diese Annäherung wurde immer schwieriger, als das Tempo der Veränderungen schneller und schneller wurde und zur gleichen Zeit das liberale Denken den Glauben an die Intervention der Autorität zerstörte, von der letztlich die erfolgreiche Durchführung dieser Art von Operationen abhängig war.»¹

Auszug aufs Land

Industrielle Revolution, Entstehung eines Arbeiterproletariats in den Städten, im Zeichen des Liberalismus stattfindende Vollendung des Ausverkaufs städtischen Bodens an Private², Zerfall des vorrevolutionären stadtbürglerlichen Bewußtseins bei gleichzeitigem Wachstum der Städte im Zeichen hemmungsloser Spekulation – aus diesem Klima heraus entstanden die bis heute fortwirkenden Wertvorstellungen antistädtischer Natur, in ihren Anfängen konkret realisiert durch den



Auszug der herrschenden Schichten des 19. Jahrhunderts aus der immer unwohnlicher werdenden Stadt in die bis heute erhaltenen Villenquartiere der alten Städte. Dieser elitäre Auszug «aufs Land»³ schuf gewisse Voraussetzungen für das Entstehen späterer städtebaulicher Ideen und Realitäten, gegen die bis anhin kein wirksames Gegenkonzept entwickelt werden konnte.

Konservative Großstadt kritik

Die konservative Kritik am Zustand der Großstädte des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, statt seine Ursachen aus den gesellschaftlichen und politischen Zuständen heraus zu begreifen, neigte immer mehr dazu, alles Übel der Stadt als solcher, besonders aber der Großstadt, in die Schuhe zu schieben. Die Proletarisierung breiter Schichten der Gesellschaft war aus dieser Sicht nicht Folge von Ausbeutung, sondern von «Vermassung», Krankheiten usw., nicht Folge der schlechten hygienischen Verhältnisse, sondern der fehlenden «Natur». Mit hundertjähriger Verzögerung erlebt gegen Ende des 19. Jahrhunderts Rousseaus «Zurück zur Natur» seine städtebauliche Morgenröte.

Proklamation der Gartenstädte

In England proklamiert Ebenezer Howard, in Deutschland Theodor Fritsch das Konzept der sogenannten Gartenstädte. Als Alternative zur Großstadt gemeint, verkünden diese stark mit gesellschaftspolitischen Vorstellungen durchsetzten Modelle den Städtebau der Zukunft. Ihre antistädtischen Kategorien «Naturverbundenheit», «Natur = Hygiene», «mittelständisch-genossenschaftliche Ordnung» usw. sollten der großstädtischen «Vermassung» ein Ende bereiten. Nach Howard sollte sich diese Konzeption allein schon durch ihre Überzeugungskraft realisieren lassen, was verdeutlichen mag, wie stark die antistädtische Tendenz im Bewußtsein der Gesellschaft des beginnenden 20. Jahrhunderts vorhanden war oder doch zumindest von Planern als selbstverständlich vorausgesetzt wurde.

Der Prozeß der Desintegration

Stellt sich uns der Städtebau des 19. Jahrhunderts als fortschreitender sozialer und geographischer Desintegrationsprozeß und damit als eigentliche Verfallsperiode der alten Städte dar, so blieb es den Städtebauteoretikern der dreißiger Jahre vorbehalten, dieser Entwicklung ihren «fortschrittlich» konzipierten Segen zu geben. In der

«Charta von Athen»⁴ werden von Le Corbusier in entpolitisierender Weise die gesellschaftlichen Bedürfnisse mit «Wohnen, Arbeiten, Erholen (Freizeit), Bewegen» umschrieben und ein entsprechender Städtebau konzipiert: Hie wohnen, hie arbeiten, hie erholen und dazwischen Bewegung, und damit das Ganze gesund bleibt und zur moralischen Bildung des Menschen beiträgt, soll es sich vorwiegend im Grünen abspielen⁵. In rationalistischem Gewande wird die alte Großstadt kritik, angereichert mit technizistisch-ästhetischen Visionen neuer Bauformen und mit kategorischen gesellschaftlichen Imperativen, von neuem präsentiert. Von städtischer Existenzweise der Gesellschaft, historische Quellen allen Fortschritts, keine Spur. Das Leben des Einzelnen und der Gesellschaft wird «eingefroren» in einigen primär funktionalistischen Kategorien.

Antistädtische Tendenz lebt weiter

Nun, keine der grundsätzlichen städtebaulichen Konzeptionen der letzten hundert Jahre hat sich voll durchgesetzt. Die moderne Stadtplanung steht, wie Benevolo hervorgehoben hat, immer noch unter den Gesetzen ihrer Taufe: Sie manipuliert und korrigiert mit unterschiedlichem Erfolg an den ständig wachsenden Gebilden unserer Städte herum, gestoßen von den widersprüchlichen Interessen der heutigen Gesellschaft. Erhalten hat sich – wenn auch äußerst ambivalent – die weitgehend antistädtische Tendenz dieser Interessen. Wie Howard glauben wir immer noch, die Probleme unserer Städte ließen sich auf dem umliegenden Lande lösen.

Die Ambivalenz der gesellschaftlichen Interessen zeigt sich recht eigentlich in den Widersprüchen zwischen antistädtischer Ideologie und tatsächlichen Bedürfnissen breiter Schichten. In einer Wohnwünschebefragung des Emnid-Institutes⁶, durchgeführt in München und Bremen, wünschen 85% der Bremer und 73% der Münchner Einwohner ein Eigenheim im Grünen, möchten aber gleichzeitig in der Großstadt verbleiben (58% in Bremen, 65% in München). «Das Hauptargument gegen das Eigenheim vor den Toren der Stadt ist die Furcht vor einem zu langen Arbeitsweg.» Wie soll man nun diese beiden Wünsche zusammen befriedigen?

Wunschdenken kontra reales Verhalten

Aufschlußreich ist auch das von Heide Berndt zitierte Resultat einer Arbeiterbefragung in städtischen Quartieren. Zwar äußern die meisten der

Befragten stereotype Kritik an den «Mietskasernen», fühlen sich aber weniger durch die Art der Wohnung belästigt als durch den Lärm von Fabriken usw. «Sie zeigten aber nur wenig Neigung, mit dem Wunsch nach einer besseren Wohngegend am Rande der Stadt Ernst zu machen.»⁶ Wenige wollen also die relativen Annehmlichkeiten einer, wenn auch gewissermaßen degenerierten städtischen Wohnweise mit den «Vorteilen» einer Wohnung im Grünen vertauschen. Daß das Einfamilienhaus, aus finanziellen Gründen ohnehin nur für wenige erschwinglich, trotzdem im Wunschedenken der Befragten eine so große Rolle spielt, dürfte verschiedene Gründe haben. Einmal findet sicherlich in diesem Denken mehr oder weniger bewußt die antistädtische Tendenz ihre Fortsetzung. (Wie Alexander Mitscherlich betont, wird allerdings die Suche nach der Natur angesichts der Kaufbaren, nicht mehr elementaren Natur des Einfamilienhaus-Gartens zur Fiktion: Pseudo-Pionierverhalten läßt den übermüdeten Manager hinter dem Motorrasenmäher vom axtschwingenden Siedler im Kampf gegen elementare Naturkräfte träumen.³) Hinzu kommt, daß die wirtschaftlich potenzierten Gesellschaftsschichten tatsächlich zum größten Teil in Einfamilienhäusern wohnen, Sozialprestige also eine Rolle spielt. Dann kommt zweifellos dem Eigentumscharakter des Einfamilienhauses eine eminent Bedeutung zu, indem sich mit dem Begriff des Eigentums die Vorstellung einer Vielzahl von Rechten und Möglichkeiten verbindet, die in den jetzigen politischen Verhältnissen der Befragten nicht realisiert werden können. Der relative Rechtlosigkeit des Mieterdaseins ist unter den gegebenen Verhältnissen objektiv in der Tat nur über Eigentumsbildung zu entgehen. Verfügungs- gewalt über seine unmittelbare Umgebung wird nur durch Kauf möglich, womit alle diejenigen aus dem Bereich solcher Freiheit herausfallen, die sich diesen Kauf nicht leisten können. Zwar wird die Scholle, einmal sein eigen, einen nicht gerade ernähren, aber niemand kann einen – sofern sie bezahlt ist – davon vertreiben, auch wenn einmal kein Geld vorhanden sein sollte. Was im gleichen Falle dem Mieter geschieht, liegt auf der Hand.

Ideologische Projektionen

Sozialprestige (Besitz, auch als Flucht in Sachwerte), Vorstellungen vom Leben in der Natur und auf eigener Scholle (Gesundheit und Freiheit) werden somit auf das Einfamilienhaus projiziert. Die sich's leisten können, kaufen das Haus,

trotz den hohen Bodenpreisen und Baukosten und trotz der immer größer werdenden Entfernung von der Stadt und dem Arbeitsplatz. Für jene, die eine Mietwohnung im Grünen nehmen müssen (weil es keine anderen Wohnungen mehr gibt und das Einfamilienhaus oder die Eigentumswohnung zu teuer sind), reicht die ideologische Projektion trotz Amputation der Freiheit aus, sich mit Hilfe ihrer übrigen Aspekte mit dem Wohnen im Grünen zu identifizieren oder zumindest abzufinden. Und solange Rechte und Freiheiten nur dem Hauseigentum zustehen, träumen viele Mieter davon, auch wenn Hauseigentum weit über ihren finanziellen Möglichkeiten steht. Dieses Träumen lässt sie dann politisch oft Partei gegen ihre eigenen Mieterinteressen ergreifen. Eine der Folgen hiervon ist eine Entleerung der Stadt von Leuten, die sich politisch für sie verantwortlich fühlen müssten.

Hauseigentümer-Idylle

Wo das gesellschaftliche Eigenheim-Trauma infolge seiner inneren Widersprüche brüchig zu werden droht, sorgt die Werbung der am gegenwärtigen Planen und Bauen interessierten wirtschaftlichen und politischen Interessengruppen für sein Weiterleben. So wirbt beispielsweise Hauseigentümer-Nationalrat Walter Raissig mit folgender Idylle für sein Postulat zum Einfamilienhaus-Sparen, das er dem Bundesrat unterbreitet hat, um eine öffentliche Unterstützung seiner Träume zu erreichen: «Wer träumt nicht manchmal sogar von einem Einfamilienhaus, einem Häuschen mitten im Garten, abseits von Lärm und Unruhe des Verkehrs, wo die Kinder ungeschoren und ohne Gefahr spielen können, wo die Mutter ihr Gemüse pflanzt und der Vater sich am Abend von der Arbeit erholt. Die Sehnsucht nach einem Leben in ländlicher Ruhe ist die selbstverständliche Reaktion auf den städtischen Betrieb.» Oder: «Er ist weitverbreitet in unserem Volk, dieser Traum vom eigenen Heim. Welche Familie möchte nicht gern eine eigene Wohnung, die sie auf lange Frist und nach eigenem Geschmack einrichten und ausstatten könnte, ohne den Neid der Mitbewohner, Intrigen beim Hauseigentümer oder gar die Kündigung riskieren zu müssen!» Doch dann lässt er die Katze aus dem Sack: «Leider zeichnet sich aber doch eine zunehmende Konzentration im Liegenschaftsbereich ab, der es rechtzeitig zu begegnen gilt. Hauseigentum sollte in möglichst viele Hände verteilt sein.»⁷

Was verschwiegen wird

Im Appell an die ideologischen Verklärungen und an reale Mißstände im Mietwohnungsbau wird hier eine Politik betrieben, welche die städtebaulichen Fragwürdigkeiten, die wir zu analysieren suchen, geradezu hervorruft. Keine Rede ist dabei von Bodenpreisen und Baukosten, von langen Verkehrswegen zum Arbeitsplatz, von mittelmäßiger Infrastruktur, vom Grünen-Witwen-Dasein der Ehefrauen, von den positiven Möglichkeiten, die eine richtig konzipierte Stadtwohnung bieten könnte, wenn es sie gäbe – von alldem sagt dieser Politiker nichts. Vorrang haben Besitzinteressen, auch wenn sie den sich abzeichnenden Interessen der Gesellschaft zuwiderlaufen, indem sie objektiv dazu beitragen, die Stadt im eigentlichen Sinn des Wortes zu zerstören. Die in den Städten mögliche gesellschaftliche Mobilität wird ersetzt durch die an Eigentum gebundene politische Immobilität des Ein-

familienhaus-Besitzers beziehungsweise ersetzt durch eine rein mechanische Mobilität auf dem täglichen Weg zum Arbeitsplatz.

Generalunternehmer und Eigenheimfabrikanten

Ähnlich wie mit den Eigentumspolitikern verhält es sich mit den Generalunternehmern und Eigenheimfabrikanten großen Stils. Einfamilienhäuser, aber auch Mietwohnungen herkömmlicher Konzeption lassen sich ohne große Probleme schematisch typisieren und industriell produzieren. Man muß nur dafür sorgen, daß möglichst viel zusammenhängendes Land in der Nähe der Städte erschlossen wird, dann kann es losgehen. Keine Schwierigkeiten mit komplizierten Eigentumsverhältnissen wie in der Stadt, keine aufwendigen Studien über komplexe Zusammenhänge von Wohnen und Arbeiten, Einkaufen und Vergnügen, keine komplexen Entscheidungsverfahren also, wie sie städtisches Verhalten nötig machen, sondern einfache, handfeste Entscheidungshierarchien von großer Effizienz. Denn schließlich will man produzieren und somit die Probleme der Produktion lösen und nicht warten, bis es jemandem einfällt, der industriellen Produktion Möglichkeiten zu eröffnen, die es auch erlauben würden, gleichzeitig die Probleme des städtischen Wohnens zu lösen.

Reservate für gute Steuerzahler

Eine weitere Interessengruppe am Einfamilienhaus-Bau stellen bekanntlich gewisse Kommunalpolitiker der Agglomerationsgemeinden großer Städte. Längst schon Profiteure der städtischen Regionen, mißbrauchen sie ihre föderalistische Gemeindehoheit dazu, die ohnehin vorhandene soziale Entmischung zu fördern, indem sie nach guten Steuerzählern – also Einfamilienhaus-Anwärtern – Ausschau halten. Gebiete, die sich bestens dafür eignen würden, die Stadt in konzentrierter und städtischer Form sich ausdehnen zu lassen, werden zu Einfamilienhaus-Zonen deklariert. Gute Steuerzahler werden einer vernünftigen Siedlungspolitik vorgezogen. Die schönen Ortsplanungen ändern daran nichts; sie sind vielmehr geeignete Instrumente zur Durchsetzung solcher Interessen.

Das Geschäft der Grundbesitzer

Die größten Profiteure der «Grünen Städte» sind jedoch zweifellos die Grundbesitzer. Der Städteboden, von Jahr zu Jahr unerschwinglicher, kommt für Wohnungsbau im Rahmen des freien Marktes immer weniger in Frage. Er wird der Wirtschaft überlassen, die die hohen Preise verkraften kann. Mit dem Wohnen im Grünen macht man in den Agglomerationsgemeinden das Bodengeschäft, an einer größeren und komplexeren Nutzung des städtischen Bodens (zum Beispiel durch Verdichtung und Nutzungsverleihung) kann man deshalb gar kein Interesse haben ...

Kurz: Der profitable Zirkel schließt sich, der «Grüne Traum» erweist sich als ideologische Rechtfertigung par excellence. Haben wir am Anfang unserer Überlegungen gesagt, daß eine Veränderung der angedeuteten Mechanismen nur über eine politische Aktivierung des städtebaulichen Geschehens zu erreichen sei, so hat sich dies nicht nur bestätigt; es wird auch die Richtung der politischen Aktivität erkennbar.

Demokratisierung der Planung

Der Kampf für einen neuen Städtebau muß auf mehreren Ebenen geführt werden: gegen Ideologien, für städtisches Bewußtsein, gegen Partial-

interessen, für demokratische Entscheidungen im Planungsprozeß. Volksentscheide über Planungsmaßnahmen sollen auf Grund von Alternativvorschlägen getroffen werden können, bereits auf der Stufe grundsätzlicher Vorstellungen, nicht erst am Ende allen Projektierens durch Kreditbewilligung für ein bestimmtes Projekt. Das bedingt, daß Planungsalternativen die implizierten Interessen klar herausstellen, daß sie nicht nur in ihren technischen, sondern auch in ihren politischen Konsequenzen untersucht und formuliert werden, damit die Öffentlichkeit nicht Sachzwang bestätigen oder verwerfen muß, sondern politische Entscheide fallen kann. Eigentümer und Nichteigentümer sollten deshalb in ihrem Einfluß auf die Planung gleichberechtigt sein. Nach Annahme der neuen Bodenrechtsartikel der Bundesverfassung gilt es jetzt, wenigstens die in ihrem Rahmen noch möglichen Maßnahmen einer verstärkten Demokratisierung des städtebaulichen Geschehens voll auszuschöpfen.

Die Zukunft liegt in der Stadt

Unsere Zukunft liegt in den Städten, daran besteht kein Zweifel. Aber müssen es endlose Ansammlungen durchgrünter Eigenheime und Mietblöcke sein und ein halbes Leben im Automobil? Muß die Natur, von einer Welle domestizierter Vorstadtgrüns immer weiter von der Stadt verdrängt, dem Städter als notwendiger Ausgleich endgültig abhanden kommen? Dem sollte nicht so sein. Höhere städtische Bevölkerungsdichten und Verbesserungen der öffentlichen Verkehrsmittel sind deshalb ebenso zu fordern wie die Förderung einer Durchmischung aller gesellschaftlichen Schichten und Aktivitäten – unabdingbare Voraussetzung städtischer Lebensweise. Bestehende und funktionierende Quartiere der alten Stadt müssen auf ihre Voraussetzungen hin untersucht, die Ergebnisse neuen Überbauungen zunutze gemacht werden. Hier öffnet sich ein weites Betätigungsfeld für verschiedenste wissenschaftliche Disziplinen, vorab wahrscheinlich für die Soziologie, die Medizin und die Psychologie im weitesten Sinne. Von daher hat der Städtebau zu lernen, denn es geht wirklich nicht in erster Linie um eine neue Gliederung von irgendwelchen Baumassen, also weder um technische noch um gestalterische Probleme, wie viele immer noch zu meinen scheinen. «Bei einer Gliederung menschlicher Bezüge im Stadtraum muß die Einstellungsänderung beginnen», sagt Alexander Mitscherlich. «Die Planung muß eine Bewußtseinsebene schaffen, auf der sich Baugesinnung bilden und reflektieren kann»³, und wir würden hinzufügen, daß es Aufgabe der Stadtplanung sein sollte, der Bevölkerung alle denkbaren Möglichkeiten vorzudenken, ihre Anregungen ihrerseits zu verarbeiten, um schließlich aus demokratischer Initiative die Stadt von morgen zu gestalten.

Im Fluchtpunkt der Ideen wird dann nicht das Einfamilienhaus im Grünen stehen, sondern kurz: die urbane Stadt.

¹ Leonardo Benevolo: «The origins of modern town planning», London 1967.

² Hans Bernoulli: «Die Stadt und ihr Boden», Zürich 1946.

³ Alexander Mitscherlich: «Die Unwirtlichkeit unserer Städte», Frankfurt 1969.

⁴ Le Corbusier: «Charta von Athen», Hamburg 1962.

⁵ Le Corbusier: «Grundfragen des Städtebaues», Stuttgart 1954.

⁶ Heide Berndt: «Das Gesellschaftsbild bei Stadtplänen», Stuttgart 1968.

⁷ Walter Raissig: «Der spannende Traum vom eigenen Heim», Tages-Anzeiger der Stadt Zürich vom 31.12.1968.